



## 22. Januar 2021 UN-Atomwaffen- Verbotsvertrag tritt in Kraft! - Aber ohne Deutschland!

Die globale atomare Bedrohung ist nicht kleiner geworden. Denn trotz Corona wurden im Jahr 2020 mehr Gelder als je zuvor fürs Militär und auch für die Modernisierung von in Deutschland gelagerten Atomwaffen ausgegeben. Und Anfang 2021 droht das letzte noch bestehende Abkommen zur Begrenzung von Atomwaffen auszulaufen. Dann würden die letzten Hürden für ein neues atomares Wettrüsten zu fallen.

**Ein Verbot von Atomwaffen ist das Gebot der Stunde! Auf einen solchen Verbots-Vertrag haben sich bislang 51 Staaten der UNO geeinigt.**

**Am 22. Januar 2021 tritt dieser Vertrag in Kraft, wofür die Friedensbewegung in einer jahrelangen Kampagne gekämpft hat.**

**Der Vertrag ist ein Meilenstein und der Grundstein auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Er verbietet allen unterzeichnenden Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten.**

Die deutsche Regierung aber weigert sich, diesen UNO-Vertrag zu unterschreiben. Das ist für ein Land, das zwei Weltkriege zu verantworten hat, äußerst traurig und beschämend. Es ist aber auch hochgefährlich! Denn solange es Atomwaffen gibt, und US-Atomwaffen und die US-Kommando-Zentralen EUCOM und AFRICOM im süddeutschen Raum existieren, solange sind diese Orte selbst vorrangige Ziele von Atomwaffen oder Terroranschlägen. Zudem will die Bundesregierung selbst für zig-Milliarden Euro neue Trägerflugzeuge anzuschaffen, mit denen Bundeswehr-Soldaten im Ernstfall US-Atombomben vom Luftwaffenstützpunkt Büchel dann gegen Städteziele einsetzen sollen.

## **Atomwaffen gehören geächtet! Deutschland muss diesem Vertrag beitreten!**

### **Städteappell**

*„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“*

*Unterzeichnet durch OB Martin Horn am 30.4.2019 für die Stadt Freiburg.*